Hauptziele eines Stadtkantons

Autor(en): Karl Wunderle
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 1975

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/7381bb2d-41ef-4dad-bf9d-7f8bca43eb7d>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Das bevölkerungspolitische Ziel von «Basel 75» Einige kritische Bemerkungen

Karl Wunderle

Die kantonale Wohnbevölkerung soll im Jahre 1980 225000 Menschen umfassen. So steht es geschrieben in «Basel 75 – Hauptziele eines Stadtkantons». Die Darstellung der bevölkerungspolitischen Zielsetzung unseres Kantons in derartiger perspektivischer Verkürzung war bestimmt nicht unzulässig. Als Trompetenstoss zur Sammlung der politischen Kräfte und zu ihrer Aktivierung im Sinne einer umfassender und differenzierter verstandenen Zielsetzung hat sich das Schlagwort als nützlich erwiesen. Aber das Jahr 1980 rückt näher! Es gilt zu vermeiden, dass das Motto, das zunächst Aktivismus entfacht hat, schliesslich zu Resignation verleitet.

Bevölkerungsentwicklung in Basel-Stadt 1961 bis 1975

225000 Basler Einwohner. Das entspricht ziemlich genau der Bevölkerung von 225111 Menschen, die Ende 1961 in Basel-Stadt gezählt wurde. Die weitere Entwicklung ist bekannt: Bevölkerungszunahme bis zum maximalen Stand im Jahre 1969, als die (aufgrund der Volkszählung 1970 korrigierte) Fortschreibung auf Jahresende eine Einwohnerschaft von 232795 ergab. Dann kam die Wende. Die Bevölkerung nahm wieder ab, und Ende 1972 war man neuerdings bei den in «Basel 75» postulierten 225000 Einwohnern (genau: 224627) angelangt. Bis Ende 1975 ging die Bevölkerung weiter auf 214846 zurück.

Zweimal kam Basels Bevölkerung auf Jahresende somit der für 1980 angestrebten Zahl nahe. Allerdings bei einem Ausländeranteil von 9,8% anno 1961 und 17,1% im Jahre 1972, bei einer Quote der vorschulpflichtigen schweizerischen Kinder von 9,1% zum frühern und 5,4% zum spätern Zeitpunkt, einem Anteil der 65- und mehrjährigen Schweizer von 11,4% bzw. 17,9% (auf die ganze Wohnbevölkerung bezogen 9,0% und 7,0% bei den Vorschulpflichtigen, 11,1% und 15,6% bei den Alten).

Bevölkerungsanzahl und Bevölkerungsstruktur

Welche dieser beiden und aller übrigen bei einer Bevölkerung von 225000 denkbaren Bevölkerungsstrukturen strebt «Basel 75» an? Auf die Bedeutung der Bevölkerungsstruktur zur Erhaltung von Basel-Stadt als selbständig lebens- und handlungsfähigen Kanton wird in «Basel 75» ausdrücklich hingewiesen. Allerdings wurden diese strukturpolitischen Vorstellungen vorläufig noch nicht quantifiziert, was nicht ausschliesst, dass über Richtung und bis zu einem gewissen Grad auch über das Ausmass der anzustrebenden strukturellen Verbesserungen sehr bestimmte Vorstellungen vorhanden sind. Davon legen auch die vorgeschlagenen «therapeutischen» Massnahmen Zeugnis ab.

Doch in welchem Verhältnis stehen diese strukturpolitischen Zielsetzungen zum rein quantitativen Ziel der 225000 Einwohner? «Basel 75» bleibt hier eher unbestimmt: «Eine Stabilisierung der Struktur, geschweige denn deren Verbesserung ist daher von vornherein undenkbar, wenn es nicht gelingt, auch die Gesamtzahl der Einwohner zu stabilisieren.» Darf diese Äus-

serung – publiziert zu einem Zeitpunkt, da aus dem Statistischen Amt bei abnehmender Bevölkerungstendenz 219 000 Einwohner gemeldet wurden – dahingehend interpretiert werden, dass in der Stufenordnung der bevölkerungspolitischen Zielsetzungen die vielzitierten 225 000 Einwohner erst an sekundärer Stelle, *hinter* den strukturpolitischen Zielen, rangieren? Bedeutet das Zitat, dass die «Stabilisierung» (in Wirklichkeit müsste es sich vorerst nicht um eine Stabilisierung, sondern um eine schwierig zu realisierende Vermehrung der Bevölkerung handeln) gar nicht jenen kategorischen Imperativ darstellt, als den man das im Fettdruck hervorgehobene Postulat missverstehen könnte?

In diesem Falle wäre diese Zahl – vom politisch-psychologischen Schlagworteffekt einmal abgesehen – vornehmlich deshalb so sehr in den Vordergrund gerückt worden, weil die Meinung bestand, ein quantitatives Ziel lasse sich leichter realisieren als ein strukturpolitisches, und die magische Zahl von 225 000 Einwohnern biete die besten Aussichten, zugleich mit ihrer Realisierung – beinahe nebenher – auch die Bevölkerungsstruktur im gewünschten Sinne zu modifizieren. Das quantitative Ziel bekäme mindestens teilweise instrumentalen Charakter. Mit «Basel 75» wäre nach dieser Interpretation eine verhältnismässig erhebliche Bandbreite möglicher Bevölkerungsgrössen vereinbar. Natürlich könnte Basel eine gewisse Bevölkerungszahl nicht unterschreiten, ohne das wirtschaftliche Fundament als zentraler Ort der Region zu verlieren. Vor die Alternative einer gesunden Bevölkerungsstruktur bei 180 000 Einwohnern oder einer ungesunden bei 225 000 gestellt, würde man aber wohl für 180 000 optieren –

selbst wenn dabei nicht bloss eines, sondern sogar zwei Nationalratsmandate zu opfern wären.

Es ist somit zu prüfen, ob sich die angestrebte Gesamtzahl von 225 000 Einwohnern als Vehikel zu einer Stabilisierung oder wenn möglich einer Verbesserung der Struktur der Bevölkerung wirklich eignet. Böte eine höhere oder eine tiefere Zahl bessere Chancen? Wäre es, vom momentanen psychologischen Effekt abgesehen, nicht zweckmässiger, auf eine quantitative Fixierung der angestrebten Einwohnerzahl überhaupt zu verzichten oder das Ziel mindestens flexibler zu formulieren?

Eine Antwort auf diese Fragen hat von der demographischen Situation Basels im Jahre 1975 auszugehen, sie hat in das zu lösende Gleichungssystem als unabhängige, d.h. von Basel aus höchstens marginal beeinflussbare Variable die wirtschaftliche Situation der Schweiz, die vom Bund geführte Bevölkerungs- und Ausländerpolitik, die gesamtschweizerische Bevölkerungsentwicklung und jene der nordwestschweizerischen Region und nicht zuletzt auch die raumplanerischen Vorstellungen des Bundes hinsichtlich der weiteren Entwicklung der grossstädtischen Agglomeration einzusetzen. Ohne eine realistische Einschätzung aller dieser auf Basel einwirkenden Kräfte ist es nicht möglich, die Wahrscheinlichkeit einer Wiedergewinnung von jährlich rund 3000 Einwohnern in den Jahren 1977 bis 1980 zu beurteilen.

Entwicklung der schweizerischen Grossstädte

Während der vier Jahre von 1971 bis 1974 hat Basel-Stadt im Gegenteil durchschnittlich je 3100 Einwohner eingebüsst, und das Jahr 1975 führte zu einer weiteren Abnahme

um 3652. Wie herrlich wäre es, wenn diese unerfreuliche Entwicklung auf falsche baselstädtische Politik zurückzuführen wäre; man müsste bloss die Politik ändern und die Tendenzwende wäre mindestens schon eingeleitet. Aber der baslerische Fall steht nicht etwa vereinzelt da. Sämtliche fünf schweizerischen Grossstädte – und die mittleren Städte mit ihnen – erlitten in der Zeit von der Volkszählung im Dezember 1970 bis zum Jahresbeginn 1975 Bevölkerungsverluste. Die Einwohnerschaft der Grossstädte ging in dieser Zeit um 69 700 Personen oder 6,3% auf 1,039 Millionen zurück, jene der vier Mittelstädte um 9300 oder 3,0% auf 298 500. Den empfindlichsten Verlust (8,3%) erlitt Genf, dem die Einbusse der Stadt Basel von 8,1% freilich nur wenig nachstand. Zürich büsste 6,2% Einwohner ein, Bern 5,9% und Lausanne als die Kleinste im Bunde kann mit einer Abnahme um 1,6% weitaus am glimpflichsten davon. Die Schweiz als Ganzes erreichte in derselben Periode dagegen noch immer eine leichte Zunahme der Bevölkerung um 105 700 Einwohner oder 1,7% auf 6,376 Millionen. Der Anteil der fünf Grossstädte am schweizerischen Bevölkerungstotal nahm infolgedessen von 17,7% an der Volkszählung 1970 (und 20,5% anno 1960) auf 16,3% anfangs 1975 ab. Doch auch die gesamtschweizerische Bevölkerungszunahme geht zurück; 1972 betrug sie (bezogen auf die mittlere Wohnbevölkerung) noch 61 000 Personen oder 1,0%, 1974 lediglich 11 800 oder 0,2%.

Grossstadt und grossstädtische Agglomeration

Woher sollen unter diesen Umständen die Grossstädte, woher soll die Stadt Basel die Leute hernehmen, um die Bevölkerung

wieder auf einen frühern Stand, etwa jenen von 1961, aufzustocken? Der Bund reiht die grossstädtischen Agglomerationen bekanntlich nicht zu jenen Regionen ein, die von der Eidgenossenschaft entwicklungspolitische milde Gaben zu erwarten haben. Gleichwohl scheint eine Antwort auf der Hand zu liegen: aus dem äusseren Perimeter der Grossstadttagglomerationen selbst. Während die fünf Grossstädte zwischen 1970 und 1975 Einwohner einbüssten, nahmen die übrigen Gemeinden der grossstädtischen Agglomerationen gleichzeitig um 79 100 Personen oder 9,6% auf 903 500 Einwohner zu. Zugleich stieg die Bevölkerung der ganzen Agglomerationsgebiete um 9400 oder 0,5% auf 1,943 Millionen. (Immerhin: auch die Grossstadttagglomerationen vermochten somit dem gesamtschweizerischen Bevölkerungswachstum nicht mehr zu folgen.)

Parallel dazu hatten die Kernstädte der grossstädtischen Agglomerationen aber auch eine erhebliche Verschiebung der Struktur ihrer Bevölkerung in Kauf zu nehmen. Statistisch am leichtesten erfassbar ist die Altersstruktur; für die Einwohner der Agglomeration Basel schweizerischer Nationalität ergibt sich das Bild, wie folgende Tabelle zeigt.

Im Kanton Basel-Stadt (einschl. Landgemeinden) nahm der Anteil der Schweizer im Alter von 65 Jahren oder mehr von Jahresende 1961 bis 1974 von 11,4% auf 19,6% zu, die Quote der vorschulpflichtigen Kinder dagegen von 9,1% auf 4,5% ab. Dass diese Entwicklung durchaus nicht dem Verlauf in der übrigen Agglomeration entsprechen kann, zeigt die anlässlich der Volkszählung 1970 aufgenommene Momentaufnahme: der Anteil der vorschulpflichtigen Schweizerkinder betrug damals

Prozentanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung schweizerischer Nationalität

Altersgruppen	Schweizerische Einwohner des Kantons Basel-Stadt am Jahresende (Fortschreibung)				Schweizerische Einwohner der Agglomeration Basel ¹ an der Volkszählung 1970			
	1961	1969	1972	1974	Stadt Basel	Kt. Basel-Stadt	Ausserkantonale Aggl.-gem.	Agglomeration Basel
0- 6	9,1	7,1	5,4	4,5	6,1	6,4	11,7	8,4
7-14	9,5	9,5	9,1	8,7	9,0	9,4	13,6	11,0
15-39	34,7	33,0	32,9	32,8	33,1	33,1	37,9	35,0
40-64	35,3	34,7	34,6	34,4	34,9	34,6	2,8	32,1
65 u.m.	11,4	15,7	17,9	19,6	16,9	26,5	8,8	13,6
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100

¹ Basel, Riehen, Bettingen; Aesch, Allschwil, Arlesheim, Augst, Biel-Benken, Binningen, Birsfelden, Bottmingen, Ettingen, Münchenstein, Muttenz, Oberwil, Pfeffingen, Pratteln, Reinach, Schönenbuch, Therwil; Bättwil, Dornach, Witterswil; Kaiseraugst.

in der Stadt Basel 6,1% (6,4% im Kanton), in den ausserkantonalen Gemeinden dagegen 11,7%. Umgekehrt zählte die schweizerische Bevölkerung der Stadt 16,9% ältere Leute (16,5% im Kanton), jene der ausserkantonalen Agglomeration bloss 8,8%.

Rückgewinnung von Bevölkerung aus der Agglomeration?

Die Stossrichtung der zu verfolgenden Be-

völkerungspolitik scheint sich daraus notwendig zu ergeben: Rückgewinnung eines Teils der an die äussere Agglomeration verlorenen Bevölkerung, und zwar Rückgewinnung solcher Bevölkerungsschichten, die der Stadt Basel zugleich auch zu einer Wiedergesundung ihrer Bevölkerungsstruktur (natürlich nicht bloss im Altersaufbau) verhelfen würden.

Ob sich die Korrektur einer bereits stattgefundenen Fehlentwicklung überhaupt

Bevölkerung der Agglomeration Basel am Jahresende

Jahr	Stadt Basel	Landgemeinden Basel-Stadt	Kanton Basel-Stadt	Übrige Agglomeration	Ganze Agglomeration
1970	208 915	21 965	230 880	145 789	376 669
1971	204 961	22 079	227 040	151 010	378 050
1972	202 310	22 317	224 627	155 125	379 752
1973	199 655	22 349	222 004	158 073	380 077
1974	196 052	22 446	218 498	160 447	378 945
1975	192 679	22 167	214 846	*	*

vollziehen lässt, ohne in den äusseren Agglomerationsgemeinden mehr Schwierigkeiten zu schaffen als im Agglomerationskern behoben werden, ist an dieser Stelle nicht zu erörtern. Immerhin sei daran erinnert, dass die Bevölkerung der ganzen Agglomeration 1973 bereits stagnierte und 1974 abnahm. 1975 dürfte sich auch eine Stagnation der Agglomerationsgemeinden eingestellt haben.

Ausserdem ist zu bedenken, dass die Bevölkerungsstruktur des Kerns einer Agglomeration notwendig von der Struktur der äusseren Gemeinden abweichen muss, zumal in einer Agglomeration, die auf eine Phase starken Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums zurückblickt. Wer wollte postulieren, in der Stadt Basel hätten das Matthäus- und das Hirzbrunnenquartier die gleiche oder auch nur eine ähnliche Bevölkerungsstruktur aufzuweisen? Und wen wundert es, dass die Altersstruktur in einer neulich fertiggestellten Überbauung vom Altersaufbau der Bewohner einer 1950 erstellten Wohngenossenschaft abweicht? Im Basler Vorstädte-Quartier wohnten 1970 3,1% der baselstädtischen Bevölkerung, aber 5,9% der Selbständigerwerbenden, 3,7% der Unverheirateten und getrennt lebenden Verheirateten, 2,5% der Vorschulpflichtigen. 11,5% der Unselbständigerwerbenden in den Basler Landgemeinden Riehen und Bettingen waren 1970 Direktoren oder leitende Angestellte, in der Stadt Basel bloss 4,8%.

Was will man sich über die unterschiedliche Bevölkerungsstruktur in der Stadt Basel und der äusseren Agglomeration verwundern oder gar entrüsten, wenn der Stadtkanton selbst in Sachen «Durchmischung» nicht mit imponierenderen Zahlen aufwartet? Würde eine rigoros durch-

gesetzte Nivellierung der Bevölkerungsstruktur – falls sie überhaupt möglich wäre – den einzelnen Teilen wie dem Ganzen unserer Agglomeration nicht mehr schaden als nützen?

Es handelt sich natürlich um eine Frage des Masses. Eine gleiche Bevölkerungsstruktur in der Stadt und in der übrigen Agglomeration ist weder möglich noch erstrebenswert, aber die im Falle Basels festzustellenden Diskrepanzen könnten gleichwohl übertrieben und für den Stadtkanton schädlich sein.

Bevölkerungsstruktur der Grossstädte und ihrer Agglomeration

In der nebenstehenden Tabelle werden anhand der Volkszählungsergebnisse 1970 die Bevölkerungsstrukturen (Alter der Schweizer und sozio-ökonomische Gruppierung der Unselbständigerwerbenden) der vier grössten Städte mit der entsprechenden Struktur ihrer Agglomeration verglichen. Dabei wird der Anteil der Stadt am Total der Agglomeration jeweils 100 gleichgesetzt und der Anteil der jeweiligen Untergruppe auf diese Basis umgerechnet. So lebten von sämtlichen 311 305 Schweizern in der Agglomeration Basel deren 174 071 oder 55,9% in der Stadt Basel. Für die Altersgruppe ab 65 betrug dieser Anteil 69,7% (29 458 in Basel, 42 268 in der ganzen Agglomeration), für die Vorschulpflichtigen 40,6% (10 597 in Basel, 26 120 in der Agglomeration). Nimmt man die 55,9% als Basiswert und setzt sie 100 gleich, so errechnet sich für die 40,6% der Vorschulpflichtigen eine Verhältniszahl von 73, für die 69,7% älterer Leute eine solche von 125.

Alle vier erwähnten Grossstädte leiden im Vergleich zu den Verhältnissen in ihrer

Verhältnis der Bevölkerungsanteile der Stadt am Total der Agglomeration 1970

Alter	Gesamtanteil der Stadt an der Agglomeration = 100 Schweizerische Bevölkerung				
	Zürich	Basel	Genf	Bern	Kanton Basel-Stadt
0- 6	69	73	67	72	76
7-14	82	82	74	81	86
15-39	93	95	94	96	95
40-64	111	109	111	110	108
65 u. m.	125	125	122	124	121
Zusammen	100	100	100	100	100
Sozio-ökonomische Gruppe ¹	Unselbständigerwerbende				
Direktoren	69	82	94	80	90
Leitende Angestellte	88	78	97	88	87
Untere Angestellte	102	98	101	99	99
Gelernte Arbeiter	100	100	93	99	99
An- und ungelernete Arbeiter	94	99	98	97	96
Dienstpersonal	115	119	107	115	118
Zusammen	100	100	100	100	100

¹ Eidgenössische Volkszählung 1970, Tabelle 5.20 (statistische Quellenwerte der Schweiz).

Agglomeration an einer Untervertretung der jüngsten Altersklassen und einer Übervertretung der älteren Leute, sowie in der Gruppe der Unselbständigerwerbenden an einer zu schwachen Dotierung mit Angehörigen der steuerlich interessanten Gruppen der Direktoren und leitenden Angestellten. Die Stadt Basel nimmt weder im günstigen noch im ungünstigen Sinne eine Sonderstellung ein; einzig ihre Quote an leitenden Angestellten fällt im Vergleich zu den übrigen Grossstädten ab. Für den ganzen Kanton (also mit Einschluss von Riehen und Bettingen) ergibt sich jedoch auch für diese Gruppe eine ähnliche Verhältniszahl wie bei den andern Grossstädten.

Allerdings bedeutet es für Basel nur geringen Trost, wenn das statistische Schirmbild der andern Grossstädte einen ebenso betrüblichen Befund ergibt wie das eigene. Trotzdem drängt sich die Vermutung auf, dass zwar alle Grossstädte in den letzten 15 Jahren eines ungestümen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums möglicherweise die ähnlichen Fehler begangen haben, die Verschlechterung der Bevölkerungsstruktur in den Grossstädten und die Abwanderung gewisser Schichten der Bevölkerung aus dem Kern in die Randgebiete zum Teil aber auch die unvermeidliche Kehrseite einer wirtschaftlichen Entwicklung war, die man seinerzeit um keinen Preis zu bremsen bereit gewesen wäre.

Die Städte platzten infolge dieser Expansion aus den Nähten; Gebiete, die seinerzeit eine strukturell ausgewogene Stadt gebildet hatten, sahen sich – wirtschaftlich, nicht politisch – zum Stadtteil degradiert.

Stadtkanton oder Stadtteil-Kanton?

So müsste der Untertitel zu «Basel 75» eigentlich lauten: Hauptziele eines Stadtteilkantons. Damit wäre auch die spezielle Problematik der baslerischen Situation charakterisiert. Sie besteht darin, dass nicht alle strukturellen Einseitigkeiten, die sich in unserm Kanton in den letzten Jahrzehnten herausbildeten, fahrlässig zugelassen wurden, obwohl eine Verbesserung der «Durchmischung» im Sinne der therapeutischen Massnahmen von «Basel 75» durchaus möglich und notwendig bleibt. Basel-Stadt wird als Kerngebiet einer grösseren Agglomeration eine Bevölkerungsstruktur in Kauf nehmen müssen, die für eine «Stadt» unausgewogen wäre, für den innern Teil einer Stadt aber zu erwarten ist.

Solange Basel seine Zentrumsfunktion ausüben und sich nicht ins kantonale Schneckenhaus zurückziehen will, wird es die charakteristischen Strukturen eines Zentrums – überproportionaler Anteil des «Dienstpersonals», verhältnismässig schwache Dotierung mit Berufstätigen in leitenden Funktionen in der Wohnbevölkerung, niedrigere Quote der jüngsten Jahrgänge usw. – hinnehmen müssen. «Selbständig lebens- und handlungsfähig» wird – wenn diese Formel nicht als blosser Deklamation verstanden werden soll – ein Kanton, der nicht viel mehr als einen Agglomerationskern in sich schliesst, nicht sein können.

Diese realistische Einsicht wäre «Basel 75»

als Korrelat zum uneingeschränkt unterstützungswürdigen Postulat einer Verbesserung der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur zu wünschen gewesen. Sie hätte wohl auch dazu geführt, dass das quantitative Ziel einer zu erstrebenden Bevölkerungsanzahl in einer etwas differenzierteren und flexibleren Form präsentiert worden wäre. In einer bevölkerungsmässig stagnierenden oder gar abnehmenden Region (die Agglomeration Basel büsste bereits 1974 1132 Einwohner ein) kann das Kerngebiet bloss Bevölkerung gewinnen, wenn in den Randgebieten Bevölkerungsverluste eintreten, leere Wohnungen und unausgenützte Infrastrukturen entstehen. Die Umlagerung der eigenen Schwierigkeiten nach aussen kann wohl nicht zu den Hauptzielen eines Stadtkantons gehören.

Bevölkerungsstagnation als Chance?

Wenn es wahr ist, dass die Strukturverschlechterung der Kernstädte und die Verdrängung ihrer Bevölkerung in die äussere Agglomeration eine Folge überbordenden Wachstums der städtischen Agglomerationen war, dann bietet just die sich abzeichnende Stagnation der Bevölkerungsentwicklung die Chance einer Stabilisierung oder sogar einer Verbesserung der Bevölkerungsstruktur auch der Agglomerationskerne. Zu Zeiten der Wachstumseuphorie galt der Leitsatz, Strukturschwächen könnten am leichtesten im Sog möglichst hoher Wachstumsraten bereinigt werden. Die heutige Rezession deckte auf, dass im Aufwind des Wachstums auch wirtschaftliche Strukturschwächen entstehen und sich während geraumer Zeit halten konnten. Dasselbe gilt für die Bevölkerung: die beklagten Strukturschwächen der Basler Bevölkerung bildeten sich just in den Jahren

stark wachsender Gesamtbevölkerung heraus. Die Zunahme oder Abnahme der Bevölkerung steht mit der Entstehung oder der Bereinigung von Strukturschwächen höchstens in losem und zudem unstabilem Zusammenhang. Eine Bevölkerungspolitik, die – soweit dies sinnvoll und möglich ist – Strukturschwächen beseitigen möchte, sollte sich deshalb nicht die zusätzliche Bürde aufladen, gleich auch noch den herrschenden Trend der zahlenmässigen Entwicklung der Bevölkerung brechen zu wollen.

Wende der Strukturentwicklung in Sicht?

Hauptursache der seit 1970 anhaltenden Bevölkerungsverluste in Basel-Stadt bildete der fortgesetzt hohe negative Saldo der Zu- und Wegzüge von Schweizern, der die meist positive Wanderungsbilanz der Ausländer mehr als wettmachte. In jüngster Zeit führt nun aber auch die Wanderungsbilanz der Ausländer zu einem Verlust, der 1974 506 Personen betrug und 1975 auf eine Nettoabwanderung von 1716 Ausländern anstieg. Schweizer zogen 1975 dagegen wieder in grösserer Zahl nach Basel-

Stadt. Stärker fiel jedoch die Abnahme der Wegzüge von Schweizern auf 8793 ins Gewicht, was entscheidend zur Verminderung des Bevölkerungsverlustes von Schweizern auf ein seit Jahren nicht mehr unterschrittenes Niveau von 1389 beitrug.

Es wird interessant sein, die weitere Entwicklung zu beobachten. Wird die Wendung zum Bessern bei der schweizerischen Bevölkerung andauern? Die vertiefte Analyse der erst in ihren Hauptergebnissen bekannten Bevölkerungsstatistik 1975 wird aufschlussreich sein. Handelt es sich bei den Zuzüglern um Leute, die aus den äusseren Agglomerationsgemeinden zurückkehrten oder um vermehrte Ankünfte aus der übrigen Schweiz? Hat die Übersiedelung in Nachbargemeinden abgenommen oder lockt – etwa aus Gründen der gesunkenen Wirtschaftskonjunktur – der Domizilwechsel in andere schweizerische Regionen oder ins Ausland weniger als noch vor kurzer Zeit? Hat sich die Alters-, Zivilstands- und Familienstruktur der gewanderten Schweizer geändert?

Aus der Antwort auf diese Fragen ergeben sich möglicherweise Hinweise darauf, ob

Bevölkerungsbilanz in Basel-Stadt 1969–1975

Jahr	Schweizer			Ausländer			Geburtenüberschuss	Bevölkerungszunahme ¹
	Zuzüge	Wegzüge	Saldo	Zuzüge	Wegzüge	Saldo		
1969	9483	11 025	– 1542	13 994	12 428	+ 1566	+ 435	+ 459
1970	9529	11 453	– 1924	12 523	12 438	+ 85	+ 112	– 1727
1971	8824	11 880	– 3056	12 032	12 687	– 655	– 129	– 3840
1972	8246	11 104	– 2858	12 260	11 818	+ 442	+ 3	– 2413
1973	7567	10 464	– 2897	11 391	10 701	+ 690	– 416	– 2623
1974	7091	9 718	– 2627	9 376	9 882	– 506	– 373	– 3506
1975	7404	8793	– 1389	5456	7172	– 1716	– 547	– 3652

¹ Ohne Berücksichtigung der Fortschreibungsdifferenz.

die festgestellte Verschiebung der Struktur der Gewanderten nur kurzfristiger Natur sein wird, ob ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung den Lichtblick wieder verdunkeln wird oder ob im Gegenteil eine fortgesetzte Verbesserung erwartet werden darf. Ergeben sich wohl Ansatzpunkte, um die eingetretene Entwicklung im Sinne der Zielsetzungen von «Basel 75» zu unterstützen? Jedenfalls ist festzuhalten, dass

mindestens kurzfristig just die verstärkte Bevölkerungsabnahme eine Verbesserung der Basler Bevölkerungsstruktur einzuleiten scheint. Die Wehklagen über den neuen Bevölkerungsverlust sollten nicht dazu führen, dass man diesen positiven Aspekt der Basler Bevölkerungsentwicklung übersieht und Chancen, die sich daraus ergeben könnten, auslässt.